

Nr.: 141/2017

08.08.2017

■ Dezernat	V - Soziales & Jugend
■ Fachbereich	Stabsstelle Controlling & Koordination
■ Verfasser/-in	Gunnemann, Gerlinde
■ Telefon	07621 410-5011

Beratungsfolge	Status	Datum
Sozialausschuss und Betriebsausschuss "Heime des Landkreises Lörrach"	öffentlich	20.09.2017

Tagesordnungspunkt

Sachstand Sozialstrategie Sozialausschuss 2017

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	6	Soziales und Arbeit
--------------	---	---------------------

Produktgruppe

Produkt(e)

■ Sachverhalt

1. Sachstand Sozialstrategie

Ergänzend zum laufenden Geschäft des Sozialdezernats wurden im Jahr 2012 insgesamt 25 Projekte von der Prognos AG empfohlen und vom Kreistag beschlossenen, die mittelfristig auf die Höhe des Zuschussbedarfs hinwirken sollen.

Zwei Mal jährlich wird innerhalb des Lenkungsausschusses Sozialstrategie ausführlich über den Umsetzungsstand der 25 Projekte zur Sozialstrategie berichtet und diskutiert. Als Instrument des Controllings wurden alle Visionen und Projekte mit Kennzahlen hinterlegt, die jährlich erfasst und in einem Kennzahlenbericht aufbereitet werden.

Im Sinne einer Gesamtbewertung wurde die Kennzahl des Zuschussbedarfs der Sozial- und Jugendhilfe durch andere Kennzahlen ersetzt, da es sich hierbei um Planansätze handelte, die insbesondere durch die Flüchtlingskrise außerordentlich verzerrt wurden. An ihre Stelle traten folgende Rahmen-Kennzahlen, die im Folgenden kurz beschrieben werden:

- Die SGB II-Quote des Landkreises verzeichnet seit 2012 einen guten Verlauf und unterschreitet weiterhin den Landesdurchschnitt.
- Die Ambulantisierungsquote (Wohnformen ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung) weist eine positive Entwicklung auf, die seit 2014 über dem Landesdurchschnitt liegt.
- Der Ambulantisierungsgrad (Anzahl der ambulanten Fälle im Verhältnis zu den stationären Fällen der Hilfe zur Pflege) steigt seit 2012 kontinuierlich.
- Der Zuschussbedarf zur stationären Hilfe zur Pflege liegt weiterhin über dem Landesdurchschnitt. Die Umstellung von Pflegestufe auf Pflegegrad im Rahmen des neuen Pflegestärkungsgesetzes konnte kostenneutral umgesetzt werden.
- Die Zahl der familienersetzenden Hilfen ist deutlich gesunken; das ist eine positive und beabsichtigte Entwicklung.
- Die durchschnittliche Hilfedauer in Heimerziehung liegt bei knapp 22 Monaten, dies ist eine gute und gewollte Entwicklung.

2. Aktueller Sachstand zu Projekten und Maßnahmen (nach Zielgruppen gegliedert)

2.1. Projekte und Maßnahmen mit Ausrichtung auf die Zielgruppe: Empfänger/-innen von SGB II-Leistungen

Schweiz aktiv einbeziehen (Projekt 12 der Sozialstrategie)

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben kann das Jobcenter bezüglich der Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in der Schweiz keine steuernde Funktion übernehmen. Das Projekt 12 aus der Sozialstrategie wurde daher als nicht umsetzbar bewertet und zum 31.12.2013 beendet.

Familiencoaching (Projekt 14 der Sozialstrategie)

Der ursprüngliche Projektansatz hat sich als wenig effektiv und zu kostenintensiv erwiesen. Das Projekt wurde daher zum 31.12. 2014 beendet.

Ausbau qualifizierende Angebote (Projekt 16 der Sozialstrategie)

Im Rahmen des Projektes wurden Art und Anzahl der vorhandenen Angebote für erwerbsfähige Leistungsbezieher/-innen zwischen 15 und 24 Jahren erhoben, Kennzahlen entwickelt und deren jährliche Messung vereinbart. Der Projektstatus wurde zum 31.12.2013 beendet und ist in eine Daueraufgabe des Jobcenters übergegangen.

Zwischen 2013 und 2015 stieg die Anzahl der Jugendlichen, die sich **nicht** auf dem Weg zu einem Schul- oder berufsbildendem Abschluss oder in einer Berufsausbildung befinden, zunächst an, war dann zum Stichtag 31.12. 2016 jedoch unter das Anfangsniveau gesunken (von 512 auf 450). Dazu kamen noch 180 junge Flüchtlinge aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Somit ist weiterhin erhöhter Handlungsbedarf gegeben und die diesbezüglichen Anstrengungen sollen weiter verstärkt werden. Vorrangiges Ziel bleibt die nachhaltige Senkung dieser schwierigen Klientel.

Ziel des Jobcenter ist, zusammen mit der Arbeitsagentur und dem Landkreis jeden Jugendlichen auf dem Weg zu Schulabschluss und Berufsabschluss zu unterstützen. In der Jugendberufsagentur findet im Rahmen einer verbindlichen Kooperation der drei Akteure die erforderliche Vernetzung und Abstimmung statt. Themenbezogen nimmt der Fachbereichsleiter Jugend & Familie auch an den Jour fixen mit der Führungsebene des Jobcenters und der Dezernatsleitung teil.

Kooperation mit Energieberatern (Projekt 19 der Sozialstrategie)

Das Projekt lief in Kooperation mit dem SAK in der Stadt Lörrach. Die Beteiligung durch einen Zuschuss des Landkreises wurde jedoch eingestellt, da eine Ausdehnung auf andere Städte und Gemeinden nicht umgesetzt werden konnte.

Fallmanager U25 (Projekt 20 der Sozialstrategie)

Im Rahmen der Maßnahme wurden Kennzahlen entwickelt und deren jährliche Messung auch nach Abschluss der Projektphase vereinbart. Mit einer Aufstockung der Personalstellen für das Fallmanagement konnte die Vorgabe von 1:75 für 2016 erreicht werden.

Seit 2013 ist die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zwar gesunken, die Zahl der 15 bis 24-jährigen – bedingt durch den Zugang junger Flüchtlinge - jedoch gestiegen und lag 2016 bei 20,3 %.

Weiterhin problematisch bleibt die Zahl der über 18-jährigen, die sich nicht in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung befinden und auch nicht durch die vorhandenen Maßnahmen des Jobcenters aktivieren ließen. Deren Anzahl ist zwar seit 2014 kontinuierlich gesunken, jeder Einzelfall bleibt jedoch problematisch, da sich auch beim Wechsel in die Ü25-Betreuung keine dauerhaften Lösungen ergeben.

Die Problematik beginnt bereits in der Schule und es sind zahlreiche Institutionen und Angebote beteiligt, die jedoch von den Betroffenen nicht angenommen werden oder nicht genügend greifen. Die Problematik ist damit so umfangreich und auch finanziell langfristig so gravierend, dass ein gemeinsames Vorgehen notwendig ist. Hierzu soll eine gemeinsame

Vision entwickelt und als strategischer Handlungsschwerpunkt für die Strategie des Landkreises vorgeschlagen werden.

Schaffung einer betreuenden Stelle „Dritter Arbeitsmarkt“ (Projekt 23 der Sozialstrategie)

Aus Sicht der Fachleute ist der Begriff „Dritter Arbeitsmarkt“ irreführend; ein sogenannter zweiter und dritter Arbeitsmarkt existiert nicht. Ein Ersatz für Arbeitsgelegenheiten, deren Förderung bundesweit eingestellt wurde, kann über Landkreismittel nicht erfolgen.

Von Seiten des Jobcenters wird die Personengruppe als mit psychischen Problemen oder Suchtproblemen belastet und wenig leistungsstabil beschrieben. Es ist wichtig, für diese Personen eine soziale, tagesstrukturierende Teilhabemöglichkeit zur Stabilisierung zu schaffen.

Es wurde daher die Idee entwickelt, die Personengruppe an Bürgerschaftliches Engagement heranzuführen. In der landkreisweiten Projekt- und Mitmachbörse gibt es zahlreiche gut beschriebene Ideen, auf die die Fallmanager schon jetzt zurückgreifen können. Darüber hinaus können die ca. 105 Selbsthilfegruppen im Landkreis eine wichtige Anlaufstelle für die Zielgruppe darstellen.

Auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten ist selbstständiges Arbeiten und Verlässlichkeit Voraussetzung; psychisch belastende oder stresshafte Situationen sind wenig hilfreich.

Durch das Fallmanagement konnten zunächst 6 Personen identifiziert werden, die für eine solche ehrenamtliche Tätigkeit in Frage kommen. Bis zum Herbst soll ein „Testlauf“ erfolgen, bei dem die zuständigen Vermittler gemeinsam mit den Kunden ein passendes Angebot suchen. Die Betroffenen werden dann durch Mitarbeiter/-innen des Jobcenters beim „Andocken“ unterstützt.

Nach dieser Erprobungsphase wird in einem Auswertungsgespräch geklärt, wie hilfreich eine solche ehrenamtliche Tätigkeit für den Kunden war, wie viel Aufwand die Begleitung benötigte und in welchem Rahmen das Projekt fortgesetzt werden kann.

2.2. Projekte und Maßnahmen mit Ausrichtung auf die Zielgruppe: Senior/-innen und Pflegebedürftige

Steuerungsfachkraft Pflege (Projekt 01 der Sozialstrategie)

Für das Projekt wurden während der Projektphase Kennzahlen entwickelt und eine jährliche Erhebung vereinbart. Die Maßnahme wurde erfolgreich ins laufende Geschäft überführt und ab März 2017 die Stellenanteile mit Beschluss des Kreistags weiter ausgebaut.

Im Rahmen der präventiven Aufgabenstellung, die auch weiterhin Bestand hat, wurden alle Personen, die einen Besuch wünschten, besucht. Ziel ist hierbei, bestehende sozialrechtliche Ansprüche frühzeitig geltend zu machen.

Insbesondere ist der „Fallbestand“ bei der stationären Hilfe zur Pflege konstant geblieben. Dies ist angesichts der Eröffnung von zwei neuen Heimen mit je 100 Betten in 2015 ein sehr gutes Ergebnis. Nach bisherigen Erfahrungen hätte dieser Fallbestand bei der stationären Pflege um einen geschätzten Sozialhilfeanteil von 40% in den beiden neuen Heimen um ca. 80 Fälle steigen müssen. Dieser Entwicklung konnte durch die Fallsteuerung als Prüfinstanz

entgegengewirkt werden.

Insgesamt wurde seit Beginn der Fallsteuerung im Juli 2013 in 24 Fällen die Heimaufnahme verzögert. Seit 2016 wurden darüber hinaus zunehmend mehr Bestandsfälle zur ambulanten Pflege geprüft; dies insbesondere aufgrund der Pflegereform, um vorrangige bzw. zusätzliche Versicherungsleistungen zu erschließen und ab 2017 den jeweiligen Bedarf zu ermitteln.

Ausbau Gehstrukturen: ehrenamtlicher Besuchsdienst iPunkt (Projekt 09 der Sozialstrategie)

Für das Projekt wurden im Rahmen der Projektphase Kennzahlen entwickelt und eine jährliche Erhebung vereinbart. Die Maßnahme stellt nach ihrer Überführung ins laufende Geschäft ein dauerhaftes Angebot des iPunkts dar. In 2016 waren 26 Ehrenamtliche aktiv, die die insgesamt 41 Senior/-innen durchschnittlich alle 3 Wochen besucht haben. In gut 18% der festgestellten Bedarfe lagen Versorgungsdefizite z.B. hinsichtlich rechtlicher Betreuung, Hauswirtschaft, Pflege oder Fahrdiensten vor. Die entsprechenden Schritte zur Bedarfsdeckung konnten in allen Fällen veranlasst werden. Die Mehrzahl der festgestellten Bedarfe (103) bezog sich auf die Bereiche Vereinsamung und Unterstützung bei der Alltagsbewältigung.

2.3. Projekte und Maßnahmen mit Ausrichtung auf die Zielgruppe: Menschen mit Behinderung

Beratungs- / Informationsangebot an Arbeitgeber (Projekt 25 der Sozialstrategie)

Mit der Entwicklung des Projektes wurde begonnen. Der Vorschlag von Prognos wurde zunächst im Lenkungsausschuss „Integration in Arbeit für Menschen mit Behinderung“ vorgestellt. Schnell war man sich einig, dass das Thema weiterhin aktuell ist und einer intensiveren Auseinandersetzung bedarf und rief eine temporäre Arbeitsgruppe mit Mitgliedern von Integrationsfachdienst, Wirtschaftsregion Südwest, Arbeitsagentur, St. Josefshaus, Lebenshilfe, IHK, HWK und Landratsamt ins Leben. Zwei Termine fanden bereits statt, in denen man sich zunächst über die Arbeitsmarktsituation im Landkreis Lörrach und die bisherigen Erfahrungen austauschte.

Für den Herbst ist eine gemeinsame Veranstaltung geplant, bei der Arbeitgeber aus der Region zu Möglichkeiten von Inklusion und Integration informiert werden und es Raum für Austausch und Diskussion geben wird.

2.4. Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung von Strukturen und Prozessen

Projektmanager (Projekt 06 der Sozialstrategie)

Die Maßnahme wurde ins laufende Geschäft überführt. Es erfolgt eine dauerhafte Steuerungsunterstützung durch Projektentwicklung, -beratung, Monitoring und Evaluation sowie Prozessbegleitung.

Internes Schnittstellenmanagement (Projekt 07 der Sozialstrategie)

Das Projekt wurde nach einer Pilotphase, bei der eine einzelne Organisationseinheit in ihren Schnittstellen und Prozessen untersucht werden sollte, abgelöst durch eine maßnahmenbezogenen Herangehensweise.

In Abstimmung mit dem Lenkungsausschuss wird die Optimierung der Schnittstellen als integraler Baustein aller durchzuführenden Maßnahmen begriffen. Im Rahmen der laufenden

Projekte, Prozessbegleitungen oder Organisationsuntersuchungen werden Geschäftsprozesse und Schnittstellen daher kontinuierlich untersucht und Abläufe abgestimmt und optimiert. Dies erfolgte z. B. bei folgenden Maßnahmen: Sicherstellung der Kinderbetreuung, Wirkungscontrolling in der Eingliederungshilfe, Wirkungscontrolling in der Jugendhilfe, Knotenpunkte frühkindlicher Bildung, Integrationsmanagement online, Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen und Verpflichtung zu Integrationskursen.

Wirkungscontrolling (Projekt 08 der Sozialstrategie)

Innerhalb der Eingliederungshilfe waren zunächst die ersten organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Mitarbeiter/-innen überhaupt verantwortlich steuernd tätig werden können. Hierzu wurden Fallsteuerung und die Sachbearbeitung neu strukturiert und an den Lebensphasen der Hilfesuchenden orientiert ausgerichtet, sowie ein umfangreiches Schulungsprogramm durch den KVJS absolviert.

Vor dem Hintergrund des Wirkungscontrollings wurde darüber hinaus der Soll-Prozess Eingliederungshilfe nochmals auf den Prüfstand gestellt und in 2016 die Schnittstellen zwischen Sachbearbeitung, Fallsteuerung und Fallmanagement neu definiert.

Im März 2017 startete die Organisationsuntersuchung im Sachgebiet.

Im Anschluss an die Organisationsuntersuchung, in der noch einmal eine systematische Aufgabenkritik, eine Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation, der internen / externen Schnittstellen, die Definition von Qualitätsstandards für die erbrachten Dienstleistungen sowie eine Überprüfung der Personalausstattung erfolgen wird, kann der Prozess zur Einführung des Wirkungscontrollings darauf aufbauend fortgesetzt werden.

3. Fazit zum Umsetzungsstand der Maßnahmen der Sozialstrategie

25 Maßnahmen:

- Acht Maßnahmen waren so erfolgreich, dass sie ins laufende Geschäft übernommen werden konnten und dauerhaft zur Verfügung stehen (Familienpatenschaften, Steuerungsfachkraft Pflege, Ausbau Gehstrukturen durch den ehrenamtliche Besuchsdiensts des iPunkts, Ausbau von betreutem Wohnen, Sicherstellung Kinderbetreuung u.a.). Trotzdem kann sich ein Nachsteuerungsbedarf ergeben, der durch die Erhebung der jährlichen Kennzahlen weiter verfolgt wird (z.B. Ausbau qualifizierender Angebote, Fallmanager U25)
- Acht Maßnahmen laufen noch als „Projekt“ und werden - sofern notwendig - in ihrer Umsetzung laufend angepasst, bevor sie nach einer abschließenden Überprüfung die Entscheidung getroffen wird, ob sie ins laufende Geschäft übernommen werden sollen.
- Bei vier Maßnahmen wurde nach der Projektphase entschieden, diese nicht ins laufende Geschäft zu übernehmen, da sie nicht erfolgsversprechend sind bzw. nicht auf andere Städte und Gemeinden im Landkreis übertragen werden konnten (Schweiz aktiv einbeziehen, Kooperation Energieberater u.a.).
- Bei zwei Maßnahmen wurde empfohlen, diese nicht in die Projektphase zu übernehmen, da es schon Lösungen im Landkreis gibt und somit Doppelstrukturen entstehen würden (Ausbildungs- sowie Praktikumsplattform).
- Mit der Umsetzung von zwei Maßnahmen kann erneut gestartet bzw. neu begonnen

werden, sobald die hierfür eingeplante Personalstelle besetzt ist (Präventionsnetzwerke, Integrierte Hilfen). Für eine Maßnahme liegt bislang noch keine überzeugende Konzeption vor (Elterntreff).

Marion Dammann
Landrätin

Elke Zimmermann-Fiscella
Dezernentin Soziales & Jugend